

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Klubobleute haben sich wieder drauf geeinigt, dass wir einiges en bloc abstimmen. Das sind die Stücke der Tagesordnung Nummer 1) mit Gegenstimmen der FPÖ, Stück 2) ebenfalls gegen die FPÖ, Stück 3) und vom Nachtrag die Stücke 1), 4) und 5) und der 2. Nachtrag 1), des Weiteren möchte ich Ihnen sagen, dass das Stück Nummer 4) der ordentlichen Tagesordnung noch in den Verkehrs- und Grünraumausschuss kommen muss, dass das Stück Nummer 5) und 6), beide Stücke sind abgesetzt, vom Nachtrag haben wir zwei Änderungen, das eine ist Berichterstatterin bei den Präsidialamtstücken 1) und 2) ist nicht Frau Gemeinderätin Maxie Uray-Frick, sondern Frau Gemeinderätin Leb. Das Stück Nummer 3) muss noch in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss, ebenso das Stück Nummer 6) und das Stück Nummer 8). Dann gibt es noch einen zweiten Nachtrag, beim zweiten Nachtrag gibt es die Stücke Nummer 2) und 3), 2) gehört in den Finanzausschuss und 3) gehört wiederum in den Verkehrs- und Grünraumausschuss. Jetzt würde ich vorschlagen, dass wir zuerst noch die Stücke machen, die das Erfordernis der Zwei- Drittel-Mehrheit haben, da gibt es ein Stück nämlich die Kicker-Gründe.

1) A 8 – 8/2005-19
A 8 – 2/2005-145

Amt für Jugend und Familie,
Lebensqualitätsindikatoren;

1. Erhöhung der Projektgenehmigung
um € 29.000,- auf € 108.300,- in der
OG 2004/2005
2. Kreditansatzverschiebung von
€ 21.800,00 in der OG 2005

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 in Verbindung mit § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 32/2005 beschließen:

Die Erhöhung der Projektgenehmigung „Lebensqualitätsindikatoren“ in der OG 2005 mit Gesamtkosten in Höhe von € 79.300,- auf € 108.300,- und die Änderung in der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2004	MB 2005
Lebensqualitätsindikatoren	108.300	2004-2005	32.600	75.700

wird geschlossen.

In der OG des Voranschlages 2005 wird die Fipos

1.40100.728700 „Entgelte für sonstige Leistungen,
Qualitätsmanagement“ um € 21.800,-

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

1.46900.757000 „Lfd. Transferzahlungen an private
Organisationen ohne Erwerbscharakter“
Sub. 020 „Verein Frauenhäuser Stmk.
Grazer Frauenhaus“

um denselben Betrag gekürzt.

2.) A 6 – 006516/2004-0007

Projekt Lebensqualitätsindikatoren
Fipos: 1.40100.728700
Erweiterung der Projektgenehmigung
vom 8.7.2004

Der Ausschuss für Familien, Kinder, Jugendliche und Frauen stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Erweiterung der Projektgenehmigung um € 34.800,- inkl. 20 % MWSt. (netto € 29.000,-) zur Beauftragung im Rahmen einer Direktvergabe „Implementierung der Lebensqualitätsindikatoren“ in drei weiteren Steuerungsräumen wird erteilt.

3) A 8 – K 91/2004-7

Beteiligungscontrolling:
Quartalsmeldungen 2. Qu. 2005

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

NT 1) Präs. 11618/2003-4

Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt
Graz beim Bundesinstitut für
internationalen Bildungstransfer - BIB

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz kündigt hiermit die Mitgliedschaft beim Bundesinstitut für internationalen Bildungstransfer – BIB zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

NT 4) A 8 – 2/2005-103

Baudirektion; Alte Poststraße;
Kreditansatzverschiebung über €
700.000, in der AOG 2005

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 13071967 i.d.F. LGBl. 32/2005 beschließen:

In der AOG 2005 wird die Fipos

5.61200.771001 „Kap. Transferzahlungen an Länder und Landesfonds“ um € 700.000,-

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

5.61200.002030 „Straßenbauten, Alte Poststraße“

um denselben Betrag gekürzt.

NT 5) A 8-K 2472005-19

Stadtmuseum Graz GmbH,

1. Ergänzung des Finanzierungsvertrages vom 22.9.2005
2. Kreditansatzverschiebung ini der Höhe von € 92.700,-

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005 beschließen:

1. Der Abschluss des ergänzenden einen integrierenden Bestandteil bildenden Finanzierungsvertrages, abzuschließen zwischen der Gesellschafterin der Stadtmuseum Graz GmbH, Stadt Graz und der Stadtmuseum Graz GmbH, wird genehmigt.
2. Gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 32/2005 wird für die Beteiligung der Stadt Graz an der „Stadtmuseum Graz GmbH“ in der OG 2005 die

Fipos. 1.34000.755100 „Lfd. Transfers an Unternehmungen“

(aob. A 8) mit

€ 92.700,-

erhöht und zur Bedeckung die Finanzpositionen wie lt. Beilage ersichtlich um denselben Betrag gekürzt.

Die Anträge 3), NT 1), NT 4) und NT 5) wurden einstimmig angenommen.

Die Anträge 1) und 2) wurden mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

7) A 14 – K- 625/1998-30

12.08.0 Bebauungsplan „Kickergründe“
XII. Bez., KG. Weinitzen;
Beschluss, Teilaufhebung des 05.03
Aufschließungsgebietes

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei diesem Stück geht es um den 12.08.0 Bebauungsplan Kickergründe im XII Bezirk, KG Weinitzen. Das Wesentliche in diesem Stück ist, dass es in diesem Fall nur um eine Teilaufhebung des 05.03 Aufschließungsgebietes geht und zwar mit folgender Begründung, die ich da in zwei Sätzen ausführen möchte. Auf Grund der anstehenden Problematik der Überflutungsbereiche der Grazer Bäche bleibt er im HQ 30 beziehungsweise HQ 100 liegende Bereich weiterhin im Aufschließungsgebiet, das ist im Plan der Bereich 1, der Bereich 2 des Aufschließungsgebietes 05.03 außerhalb dieses Überflutungsbereiches gelegen wird auf Grund der Erfüllung der Aufschließungserfordernisse aufgehoben. Wichtig ist auch noch die Forderung des Bezirkes, im Erläuterungsbericht wurde darauf hingewiesen, dass auf Grund der Erfordernisse von Lärmschutzmaßnahmen für Wohngebiete an stark emittierenden Verkehrsbändern für nachfolgende Bauverfahren darauf zu achten ist, dass entsprechende Lärmschutzmaßnahmen hier zu treffen sind. Der Bebauungsplan lag in der Zeit vom 21. 7. 2005 bis 22. 9. 2005 auf. Es sind innerhalb der Frist auch zwei Einwendungen erhoben worden, im Wesentlichen die Verlegung eines Privatweges und eben diese Bebauungsausnahme im Hochwasserabflussbereich. Beiden Einwendungen wurde entsprechend Rechnung getragen, ich habe das bereits hier referiert, sodass ich namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag stelle, der Gemeinderat wolle die Teilaufhebung, ich betone nochmals, die Teilaufhebung der Festlegung als Aufschließungsgebiet für den in der zeichnerischen Darstellung festgelegten Teilbereich Nr. 2 des Aufschließungsgebietes 05.03, den 12.08.0 Bebauungsplan Kickergründe bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und den Erläuterungsbericht sowie die beiden Einwendungserledigungen beschließen. Ich ersuche um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. die Teilaufhebung der Festlegung als Aufschließungsgebiet für den in der zeichnerischen Darstellung festgelegten Teilbereich Nr. 2 des Aufschließungsgebietes 05.03
2. den 12.08.0 Bebauungsplan „Kickergründe“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und den Erläuterungsbericht sowie
3. die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (35 : 10).

Unterbrechung des Gemeinderates von 17.10 Uhr bis 18.05 Uhr.

Berichterstatter: GR. Zenz

NT 3) A 8 – 2/2005-152

Katastrophenschutz und Feuerwehr,
1. Reparatur Großtanklöschfahrzeug
2. Hochwassereinsatz 2005
Kreditansatzverschiebungen über insg.
€ 311.500,- in der OG 2005

GR. **Zenz:** Es geht um eine Kreditansatzverschiebung über 311.500,- Euro in der OG 2005 für Reparatur eines Großtanklöschfahrzeuges und für den Hochwassereinsatz 2005. Dazu gibt es noch eine Zusatzergänzung, die ich vorlesen möchte, mit drei Punkten. Der Stadtrechnungshof wird für eine begleitende Kontrolle bei der weiteren Vorgangsweise hinzugezogen, an die Magistratsdirektion-Präsidialamt wird herangetreten, um im Zusammenhang mit der Schadensabwicklung alle notwendigen rechtlichen Schritte auszuschöpfen und drittens außerdem wird festgehalten, dass eine begleitende Reparaturkontrolle zur Minimierung der Reparaturkosten unbedingt in Auftrag gegeben sein muss. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 32/2005 beschließen:

In der OG 2005 werden die Fiposse

1.16200.020000	„Maschinen und maschinelle Anlagen“ um	€ 30.000,-
1.16200.400200	„Geringwertige Wirtschaftsgüter d. Anlagevermögens“ um	€ 3.000,-
1.16200.452000	„Treibstoffe“ um	€ 20.000,-
1.16200.565300	„Mehrleistungsvergütungen“ um	€ 32.000,-
1.16200.616000	„Instandh. von Maschinen und maschinellen Anlagen“ um	€ 500,-
1.16200.617000	„Instandh. von Fahrzeugen“ um	€ 220.000,-
1.16200.723000	„Amtspauschalien und Repräsentationsausgaben“ um	€ 2.000,-
1.16200.728200	„Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 4.000,-
erhöht und zur Bedeckung die Fipos		
1.97000.729000	„Sonstige Ausgaben“ um	€ 311.500,-

gekürzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Titz

NT 2) Präs. 13064/2003-2

Kuratorium für das Künstlerhaus,
Änderung der Vertretung der Stadt

Mag. **Titz**: Es geht in diesem Stück um die Neubesetzung des Kuratoriums für das Künstlerhaus. Bisher waren vier Gemeinderäte der Stadt Graz dafür abgestellt,

neuerdings werden es zwei Mitglieder des Gemeinderates sein und zwar vom SPÖ-Klub Herr Klubvorsitzender Gemeinderat Karl-Heinz Herper und vom ÖVP-Gemeinderatsclub ich, Mag. Martin Titz. Wir bitten um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im neu orientierten „Kuratorium für das Künstlerhaus“ werden Herr GR. Mag. Martin Titz und Herr GR. Karl-Heinz Herper entsendet.

GRin. **Rücker:** Ich halte mich kurz. Wir werden dem Stück deswegen nicht zustimmen, weil wir uns da in diesem Punkt treu bleiben, wir sind einfach traurig drüber, dass es wieder eine Besetzung mit zwei Männern ist. Nichts gegen die zwei Herren, aber wir haben immer wieder Anträge eingebracht zu einer Verbesserung der Kuratorien und sonstigen Themen, wo die Stadt entsenden kann und da passiert unsere Meinung nach immer noch zu wenig, deswegen werden wir dem Stück nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

NT 6) A 8 – K 415/1984-115

Steiermärkische Landesdruckerei GmbH;
Grundsatzbeschluss über den Verkauf
von Geschäftsanteilen

Dipl.-Ing. **Linhart:** Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um einen Grundsatzbeschluss über den Verkauf von Geschäftsanteilen der Steiermärkischen Landesdruckerei. Es wird der Antrag gestellt, die Finanz- und Vermögensdirektion

möge beauftragt werden, bis Ende November 2005 den Markt zu sondieren und einen Vorschlag zur bestmöglichen und vollen oder anteiligen Verwertung der Gesellschaft unter dem im Stück genannten Nebenbedingungen zu erarbeiten. Wichtig dabei ist, dass eine langfristige Unternehmensfortführung im bestehenden Ausmaß am Standort Graz bleibt, es soll auch möglichst der Einbau einer Managementbeteiligung im Sinne des Grundsatzbeschlusses, wonach Mitarbeiter beteiligt werden sollen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Finanz- und Vermögensdirektion möge beauftragt werden, bis Ende November 2005 den Markt zu sondieren und einen Vorschlag zur bestmöglichen vollen oder anteiligen Verwertung der Gesellschaft unter folgenden Nebenbedingungen zu erarbeiten:

- Langfristige Unternehmensfortführung im bestehend Ausmaß am Standort Graz
- Bestmöglicher Veräußerungspreis, mindestens jedoch Rückfluss der seitens der Stadt Graz getätigten Nettozahlungen
- Keine künftige Haftung der Stadt für Finanzierungen/Investitionen der Gesellschaft
- Einbau einer Managementbeteiligung im Sinne des Grundsatzbeschlusses.

GRin. **Rücker:** Es war im Ausschuss für mich durchaus nachvollziehbar, warum für die Landesdruckerei auf Interessentensuche gegangen werden muss, immerhin stehen Investitionen im größeren Ausmaß bevor und die Stadt wird sich da aus ihrer budgetären Situation nicht unbedingt großartig einbringen können. Was wir uns gewünscht hätten, wäre, in diesem Bereich ganz klar zu sagen, die Stadt bleibt weiterhin eine Anteilsbesitzerin und probiert einmal den Weg mit einer Beteiligung durch MitarbeiterInnen und das Hineinnehmen eines dritten Partners, ein PPP-Modell

das durchaus einen gut florierenden Betrieb in der Stadt sichern könnte, leider wurde diese Veränderung, nämlich wegzugehen von dem Antrag, in dem es lautet, volle Veräußerung hinzugehen zu sagen, anteilige Veräußerung und dafür PartnerInnen zu suchen. Es wurde zwar hin- und herargumentiert, warum nicht und es wird vielleicht am Ende sogar so eine Lösung herauskommen, aber es wäre schön gewesen, wenn wir das von vornherein so angehen hätten können. Deswegen werden wir dem Antrag jetzt einmal nicht zustimmen und hoffen trotzdem auf eine gute Lösung für einen gut florierenden Betrieb in Graz.

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 11.4.2002 wurde der Gemeinderat richtigerweise davon überzeugt, dass der hundertprozentige Ankauf der Landesdruckerei der richtige und einzig mögliche Weg ist, die 60 Arbeitsplätze in der Druckerei in Graz zu behalten. Mittlerweile wurden in den Betriebe erhebliche Mittel investiert und wie wir hören, ist die Landesdruckerei ein gut florierender Betrieb geworden und hat auch schon ein Grundstück gekauft für die zwingende Umsiedlung aus der Burg. Der wesentliche Punkt für uns war, diesem Kauf zuzustimmen, dass es einen Grundsatzbeschluss gibt aus dem Jahr 2002, auch eine Mitarbeiterbeteiligung von bis zu 15 % zwingend vorzuschreiben. Für uns ist es nicht verständlich, warum dieser Grundsatzbeschluss, der am 3.10.2002 vom Gemeinderat hier gefasst wurde, bisher noch nicht umgesetzt wurde. Wir würden uns vorstellen, dass dieser Grundsatzbeschluss, der noch Gültigkeit hat, umgesetzt wird und dann über die weitere Vorgangsweise für die Landesdruckerei hier im Gemeinderat zu beraten ist. Aus diesem Grund können wir dem vorliegenden Stück nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler:** Ich freue mich, dass sich die, zwar nicht das Abstimmungsverhalten, aber doch die Meinung der kommunistischen Fraktion zu diesem Stück offensichtlich geändert hat, weil es geht um alles andere als um einen Verkauf eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens in freche Privathände. Es geht darum, dass genau das, was du gefordert hast und was bisher nicht möglich war,

was auch nicht gewünscht war von den Mitarbeitern, weil ja das Unternehmen die Weiterentwicklung des Unternehmens noch nicht auf sicheren Beinen gestanden ist, tatsächlich auch möglich werden soll. Was wir nicht tun können ist, dass wir irgendetwas herzuschenken haben, wir haben mit relativ hohem Einsatz als Stadt Graz auch dank des damaligen Bürgermeister Stingl, dank des damaligen Finanzreferenten Siegfried Nagl ein Unternehmen für Graz und in Graz gerettet, das sonst mit großer Wahrscheinlichkeit verlorengegangen wäre. Die schwierige Phase ist noch nicht ganz vorbei, aber das Allerschwierigste ist überstanden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interessieren sich für eine Beteiligung, was nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, weil das bedeutet, dass man sich mit diesem Druckereiunternehmen Medienfabrik auf das höchste identifiziert. Wir haben die schwierige Phase nahezu gelöst, die damit zusammenhing, dass die Bestandsverhältnisse zwischen dem Land Steiermark und der ehemaligen Landesdruckerei aufgelöst wurden. Die Grundstückssuche ist gelungen, wir können heute sicher sein, dass das Unternehmen in Graz auch bleibt. Ich glaube daher, dass es ein korrekter und richtiger Weg ist, auch ein Angebot zu machen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um aber feststellen zu können, welchen Marktwerk das Unternehmen hat oder ob es vielleicht auch eine andere sehr kluge Beteiligungsmöglichkeit gibt, muss dieser Weg jetzt beschritten werden, wir müssen Partner suchen, was auf alle Fälle abgesichert sein soll und du hast das, glaube ich, auch richtig erwähnt, ist, die Mitarbeiterbeteiligung im Rahmen dieser Abschichtung unserer Anteile in der Größenordnung von 10 % bis 15 % zumindest sicherzustellen und den Standort Graz sicherzustellen. Das ist in Wirklichkeit ein Weg, der im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, des Managements liegt, der auch in einem sehr hohen Ausmaß unseren Interessen entgegenkommt, daher ersuche ich um Zustimmung zu dieser eigentlich einmaligen Sache in der Geschichte der Stadt Graz: wir haben einem in Schwierigkeiten befindlichen Unternehmen geholfen, wir haben ihm den Rücken gestärkt, als es notwendig war und wir können unser wieder gesundes Baby auch wieder in die Freiheit entlassen und das sollten wir jetzt auch tun.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bin auch sicher, dass dieses Baby laufen lernen wird, auch wieder alleine.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich Ihnen noch sagen, dass wir ein paar Stücke abzusetzen haben von der Tagesordnung. Das ist beim Nachtrag das Stück Nummer 8), die Nachtragsinvestition, Wirtschaftsbetriebe, Projektgenehmigung ist zurückgestellt und vom zweiten Nachtrag sind es beide Stücke 2) und 3), die die Triesterstraße betreffen.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 18.15 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Dr. Getzinger

4) A 10/BD – 55093/04-5
A 10/8 – 55093/04-5

Aufwandsgenehmigung für die
Haushaltsstelle 5.61200.771001

Dr. **Getzinger**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um eine Aufwandsgenehmigung, die wir ausführlich im zuständigen Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanungsausschuss besprochen haben, es geht um die Zuzahlungen zu Projekten der Landesstraßenverwaltung, zum Beispiel in der St.-Peter-Hauptstraße, in der Alten Poststraße usw. Nachdem bereits am 20. Jänner dieses Jahres 450.000,- Euro aufwandsgenehmigt wurden, geht es in diesem Beschluss lediglich um 600.000,- Euro, die noch zu genehmigen sind. Auf Grund dieses Berichtes stellt der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: Die Aufwandsgenehmigung für das Jahr 2005 über

600.000,- Euro aus der entsprechenden Voranschlagsstelle Zuzahlung Land wird erteilt.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung für das Jahr 2005 über

€ 600.000,- VAST. 5.61200.771001 (Zuzahlung Land)

wird erteilt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Herper

NT 7) A 18 – K 134/2005-17

Volksbefragung Volksschule Ries;
Endgültiges Ergebnis; Behandlung des
Ergebnisses nach § 176 Stmk.
Volksrechtegesetz

GR. **Herper:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 20. 6. 05 wurde beim Bürgermeister der Antrag an den Gemeinderat der Stadt Graz auf Durchführung einer Volksbefragung im X. Grazer Stadtbezirk Ries eingebracht. Als Zustellungsbevollmächtigte wurden Frau Mag. Daniela Kober und als Stellvertreter Frau Irmtraud Eberle-Härtl namhaft gemacht. Der Gemeinderat, also wir haben am 7. Juli 05 eine Volksbefragung zum Thema Volksschule Ries angeordnet in unserer Sitzung. Die Frage lautete: Sind Sie dafür, dass die einzige Volksschule im X. Grazer Stadtbezirk, die Volksschule Graz-Ries, langfristig erhalten bleibt? Das Befragungsgebiet war der X. Stadtbezirk, Stichtag war der 12. Juli 05, Befragungstag war Sonntag, der 11. September, die Stadtwahlbehörde hat in ihrer Sitzung am 11. September 2005 folgendes Endergebnis festgestellt. Summe der Stimmberechtigten

4.576, abgegebene Stimmen insgesamt 1.105, gültige Stimmen 1.105, also null ungültige Stimmen. Lautend auf Ja 1.097, das sind 99,28 % Stimmen, lautend auf Nein acht, das sind 0,72 %. Beteiligung waren 24,15 %. Die Verlautbarung erfolgte am 13. September an der Amtstafel des Rathauses. Gemäß dem § 176 des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen das endgültige Ergebnis der Volksbefragung, das ich jetzt vorhin gerade kundgetan habe, in Differenzierung in Ja- und Nein-Stimmen, zweitens die Mehrheit der Stimmberechtigten, die bei der Volksbefragung ihre Stimme abgegeben hat, hat sich dafür ausgesprochen, dass die Volksschule im X. Grazer Stadtbezirk langfristig erhalten bleibt. Drittens, das Ergebnis der Beratungen ist durch Anschlag an der Amtstafel zu verlautbaren sowie ortsüblich bekannt zu geben. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

I) Das endgültige Ergebnis der Volksbefragung am 11. September 2005 lautet:

Stimmen lautend auf JA: 1.097 das sind 99,28 %

Stimmen lautend auf NEIN: 8 das sind 0,72 %

II) Die Mehrheit der Stimmberechtigten, die bei der Volksbefragung am 11. September 2005 eine Stimme abgegeben haben, hat sich dafür ausgesprochen, dass die einzige Volksschule im 10. Grazer Stadtbezirk, die Volksschule Graz-Ries, langfristig erhalten bleibt.

III) Das Ergebnis der Beratungen ist durch Anschlag an der Amtstafel zu verlautbaren sowie ortsüblich bekannt zu machen.

GRin. **Binder**: So lethargisch und soweit zum Begräbnis für eine Volksschule. Wir haben viel diskutiert über die Volksschule Ries, die Haltung der Grünen zu dieser Volksschule ist, glaube ich, bekannt und ich will es nicht einfach so hinnehmen, dass

heute nur verlautbart wird, die Volksabstimmung hat stattgefunden, soundsoviele haben sich beteiligt, soundsoviele haben gesagt ja, wir wollen unserer Volksschule und dann gehen wir zur Tagesordnung über. Das will ich nicht hinnehmen. Ich habe einen Zusatzantrag vorbereitet, der in aller Kürze so lautet: Der Gemeinderat möge beschließen, aufgrund des eindeutigen Ergebnisses der Volksbefragung werden die zuständigen Stellen des Magistrates Graz beauftragt, alle nötigen Schritte einzuleiten, um den Weiterbestand der Volksschule Ries ab dem kommenden Schuljahr sicherzustellen (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur kurz, es ist in dieser Causa schon so viel gesagt und geschrieben worden, dass es schon schwer fällt, noch etwas Neues einzubringen. Auf jeden Fall stellen wir fest, dass es sich um eine sehr traurige Phase der Grazer Schulpolitik handelt. Die Volksschule Wielandgasse kann ihre hervorragende Integration nicht mehr in dieser Form weiterführen, die einzige Schule des Bezirkes Ries soll trotz des vehementen Widerstands der Betroffenen, trotz eines überzeugenden Votums der Bezirksbevölkerung ihre Pforten schließen. Ich möchte, meine Damen und Herren, einen sehr klugen, weit blickenden Gemeinderatskollegen zurückerinnern, er kam aus der ÖVP, er hat sich schon im Jahr 1971 für diese Schule eingesetzt, sein Name ist Eduard Pumpernig, er hat damals für den Turnsaal gekämpft, Herr Hofrat kann sich noch erinnern, er hat leider nicht den Erfolg gehabt, den man ihm heute gewünscht hätte, aber er war sicher von der Notwendigkeit und der Zukunft dieser Schule restlos überzeugt, sonst hätte er das nicht getan. Genauso überzeugt, wie es damals der Gemeinderat Pumpernig war, sind es die Betroffenen heute, es sind die Eltern, es sind die Lehrkräfte und die Kinder lieben ihre Schule. Genauso wie die Kinder an der Volksschule Wieland ihren Wunsch um den Weiterbestand in künstlerisch kreativer Form zum Ausdruck gebracht haben und ich glaube, es ist noch nicht zu spät, man sollte noch immer versuchen, darum schließen wir uns auch diesem Antrag von Sigi Binder und den Grünen an, es soll ein nicht mehr korrigierbarer Fehler vermieden werden. Ich ersuche Sie dringend, lassen Sie die Volksschule Wieland in dieser Form bestehen, schließen Sie nicht die einzige Schule des Bezirkes Ries und ermöglichen Sie auch den raschen Umzug der Volksschule

Krones in das leerstehende Hauptschulegebäude. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es ist mir unverständlich, Kollege Herper, mit welcher Leichtigkeit du das heute vorgetragen hast wirklich so, so heruntergeschludert, halt so, das hat halt sein müssen, also es ist mir unverständlich, wie man hergehen kann und Interessen einer Bezirksbevölkerung, die wirklich ein so ein tolles Votum mit 99,28 % gebracht hat, also das so...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Ein Berichterstatter hat nur das Stück zu berichten.

Mag. **Korschelt**: Wir werden das sicher nicht hinnehmen, dass sozusagen die Volksschule Ries ihr Schicksal an der Amtstafel heute aushaucht und deswegen ist es für mich auch, und wir würden gerne dem Antrag der Grünen beitreten, weil wir glauben, es kann doch nicht einfach sein, dass man, und der Kollege von der KPÖ hat es ja gesagt, da ist hier sicher ein Fehler im Gemeinderat damals passiert und man muss zu dem auch stehen und wir glauben, dass es unmöglich ist, dass man über ein Votum, und jeder der mit Politik nur ein bisschen, und ich nehmen, Kollege Herper, da du ja ein sehr politischer Mensch bist, dass du sicher weißt, was hinter 99,28 % steht. Man kann natürlich sagen, es sind ja immerhin nur 24 %, aber jeder, der sich mit Politik beschäftigt, weiß, das es schwierig ist, 24 % irgendwohin zu bringen, wobei die zwei großen Parteien dagegen Werbung gemacht haben, also es ist eine tolle Leistung und ich glaube, das haben sich sicher weder die Bürger noch die Initiatoren der Volksbefragung verdient, dass sie heute ihr Schicksal an der Amtstafel aushauchen müssen und deshalb unterstützen wir den Antrag und sind

auch der Meinung, dass noch alle Möglichkeiten unternommen werden müssen, um die Volksschule Ries in ihrem Bestand zu erhalten (*Applaus KPÖ, Grüne und FPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Gemeinderat Korschelt, ich möchte schon eines feststellen, Herr Gemeinderat Herper hat überhaupt keine Leichtigkeit an den Tag gelegt, sondern er war Berichterstatter des Stückes über die Volksbefragung. Also so viel zur Klarstellung auch von meiner Seite. Aber es bleibt Ihnen unbenommen, Ihre persönlich subjektiven Feststellungen in diesem Hause zu treffen.

Mag. **Korschelt**: Danke vielmals, Herr Vizebürgermeister, dass Sie mir das erlauben. Für mich war der Tonfall, du kannst dich erinnern, vor zwei Sitzungen haben wir über dieses Thema ja gesprochen, da hast du gesagt, dann werden wir darüber reden. Heute bist du da heraußen gestanden, es war wirklich mit so einer Abfälligkeit und das ist uns wurscht, das müssen wir jetzt machen und das machen wir und die Volksschule haucht auf der Amtstafel ihr Leben aus und das hat man schon gemerkt, dass dir nicht viel dahinter liegt oder nicht daran liegt, dass es wirklich zu einer Änderung kommt. Das ist meine Meinung und ich danke Ihnen, Herr Vizebürgermeister, dass Sie mir meine subjektives Meinung erlauben.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Bezirksvolksbefragung ist ein eindrucksvolles, ist gar keine Frage. Nichtsdestotrotz haben sich die Grundlagen auch nach dieser Befragung, die zu dieser leider notwendigen Entscheidung geführt haben, keineswegs geändert. Ich habe es auch bei der letzten Gelegenheit im Gemeinderat gesagt, es waren wieder die SchülerInnenzahlen in den Volksschulen deutlich rückläufig, es sind einfach weniger Schüler da und wir können einfach nicht negieren, dass Schulstandorte zum Teil nicht mehr voll genutzt werden können, aber die beste Infrastruktur für die Kinder bieten könnte. Bitte auch zu berücksichtigen, dass es neben dieser Bezirkssicht

natürlich eine Stadtsicht gibt, eine Verantwortung für die gesamte Stadt und auch die Finanzen der Gesamtstadt. Ich habe auch schon Rückmeldungen bekommen von Eltern, die ihre Kinder bereits in diesem laufenden Schuljahr am Berlinerring haben, das ist für viele die nächstgelegene, äußerst positive Rückmeldung, die Kinder finden dort ideale Bedingungen mit Nachmittagsbetreuung, mit einem Turnsaal, mit Sportanlagen. Was 1971 Gültigkeit hatte, muss gerade, wenn es um den Schulbereich geht, nicht auch heute Gültigkeit haben. Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die Anforderung an die Schule, sind zweifellos andere geworden. Möglicherweise wäre das 1971 tatsächlich kein Thema gewesen, aber die Zeit ist nicht stehen geblieben. So bedauerlich es ist, kann ich dem Zusatzantrag aus den erwähnten und vielen anderen Gründen einfach nicht zustimmen und ich möchte doch, wahrscheinlich wird es heute nach einem Jahr der Diskussion über die Volksschule Ries und andere Schulstandorte vorläufig einmal das letzte Mal sein, es ist mir wichtig zu sagen, es hat niemand leichtfertig diese Entscheidungen getroffen, sie wurde wirklich wohl überlegt und dann letztlich war es aber zu entscheiden, niemand ist da fahrlässig vorgegangen. Es widerfährt den Kindern nichts eklatant Böses, wir haben die Klassenverbände mit ihren Klassenlehrern so versorgt für die Zukunft, der Schultransport ist gewährleistet und sie finden, wie gesagt, wirklich ideale Bedingungen für ihre Schullaufbahn in der Volksschule vor. Zusammenfassend es ist natürlich für viele, die diese Entscheidung mittragen, aber insbesondere auch für mich, der für das Schulressort verantwortlich ist, keine Entscheidung, die Spaß macht, wie sollte sie auch, aber es ist eine notwendige Entscheidung, wie ich denke, mit all den flankierenden Maßnahmen, die wir gesetzt haben ist es eine verantwortbare und vertretbare Entscheidung (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin in der Sache schon mehrmals am Rednerpult da heraußen gestanden. Ich bin dem Herrn Stadtrat noch eine Antwort schuldig von der letzten Debatte, die wir zu diesem Thema hatten, wo er gesagt hat, er hält es für äußerst unfair, wenn man ihm immer wieder vorhält, hier wird eingespart um einen relativ geringen Betrag und es war ja damals genau an dem Tag an dem wir im Gemeinderat das erste Mal das Thema Schulschließung

Ries hatten, war da ein immenser Betrag beispielsweise für die Handelsmarketing Graz locker drinnen. Wir subventionieren immer noch eine Eiskrippe im Landhaushof, wo ein ordentlicher Teil eines möglichen Schulbudgets in 14 Tagen dahinschmilzt, über den Wert dieser Investition redet keiner. Wir haben ein Bürgermeisterbüro zu einem Designerpalast ausbauen können und, und, und. Es hat immer geheißen, es wäre unfair, das zusammenzuführen; es ist aus einem bestimmten Grund nicht unfair, es wäre in einem normalen Budget, sage ich, kann man es machen, aber da ist es darum gegangen, das war das Ergebnis eines Spargipfels der Stadtregierung, die sind gekommen und haben quer durch alle Ressorts versucht Maßnahmen zu finden, wo sie einsparen hätten können. Und da stellt man sich schon die Frage, wieso haben sie nicht in diesen einem Punkt gespart, den wir uns wirklich, sagen wir einmal, das Sahnehäubchen drauf ist, für den einen Stadtrat oder das Prestigeprojekt und warum sparen wir wirklich bei der Grundversorgung und bei den Kindern ein? Insofern halte ich diesen Vorwurf für absolut gerechtfertigt, soviel zum Herrn Stadtrat, der, wie wir wissen, für Schulschließungen, Gebäudeabrisse etc. eine seltsame Zuständigkeit in dieser Stadt entwickelt hat. Ich möchte aber die SPÖ in dieser Frage auch nicht aus dem Spiel lassen, Charly Herper, ihr habt das wunderbar geschafft, euch in dieser Debatte immer in die Bänke hineinzuducken, das man euch fast nicht mehr gesehen hat, bis zur Unkenntlichkeit habt ihr euch versteckt und es war bemerkenswert, dass es ja in einer Phase, wo man noch geglaubt hat, man kann die Schule retten angeblich, so hat es uns zumindest der Bürgermeister gesagt, einen Vorschlag gegeben hat, wie die ÖVP ressortintern die Geldmittel aufbringen hätte können, die den Erhalt der Schule sichern hätte können. Es war aber angeblich in Verhandlungen mit dem Herrn Vizebürgermeister nicht möglich, das auch zu beschließen, weil diese Geschichte sofort junktimiert worden wäre, ich zitiere, mit anderen Fragen. Und ich sage, wenn das die Politik ist, die diese Stadt macht, dann brauchen Sie sich nicht wundern, dass diese Stadtregierung im Bezirk draußen von keinem mehr ernst genommen wird und schon gar nicht von diesen 1000 Leuten, die hingegangen sind an einem Sonntag und ein klares Votum abgegeben haben und klargemacht haben, dass es um eine Schule geht, die wieder steigende Schülerzahlen hat und die eine...

Zwischenruf GRin. Krامل: Dann hätten die Grünen alles gewinnen müssen.

Mag. **Candussi**: ...großartige Schule ist, meine Tochter ist jetzt am Berlinerring, ich werde nie sagen, dass es eine schlechte Schule ist, das stimmt auch nicht, aber ich weiß, dass die Qualität für uns allein durch einen dreimal so langen Schulweg wesentlich gelitten hat, das ist das eine, dass Kosten auf uns zukommen, die wir vorher nicht hatten und dass vor allem der Bezirk Ries eine zentrale Institution verloren hat, das ist, damit Sie sich das ungefähr vorstellen können, das letzte und bislang einzige öffentliche Gebäude im ganzen Bezirk und es war es somit auch heute, sollten Sie diesem Antrag von Sigi Binder nicht zustimmen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Gemeinderat Candussi, es obliegt Ihnen in Wirklichkeit, Ihre Meinung zu haben, aber eine Klarstellung möchte ich schon sagen, ich lasse nicht für die Sozialdemokratie gelten, dass es hier zu irgendeiner Junktimierung gekommen wäre. Vielleicht wissen Sie auch, dass es so etwas wie ein Schulentwicklungskonzept gibt und von dem hat sich die verantwortungsbewusste Partnerschaft dieser Stadtregierung auch leiten lassen in sachlicher Hinsicht. Das mag für die betroffenen Schülerinnen und Schüler oder auch für die Kinder und Eltern nicht ganz einfach zu verstehen sein und daher großer Respekt für diejenigen, die bei der Volksbefragung ihre Stimme abgegeben haben, aber ich lasse nicht gelten, dass Sie eigentlich das Recht gepachtet haben, was in dieser Stadt sachlich richtig und nicht richtig ist (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich verstehe sehr gut die Emotion von Betroffenen, auch von betroffenen Eltern, die miterleben und beobachten, wie ein solcher Schulstandort zum Beispiel verloren geht, wie andere Plätze, die man für wichtig hält, wie zum Beispiel öffentliche Bäder nicht mehr bestehen bleiben können. Ich verstehe die Emotionen, ich verstehe auch die politischen Positionen, die da mit im

Zusammenhang stehen, ich nehme für mich in Anspruch, dass ich versuche, bei politischen Auseinandersetzungen allerdings niemals in Deckung zu gehen und es ist schon so, dass ich in der Vergangenheit nicht wenige Auseinandersetzungspunkte mit dem Kollegen Eisel-Eiselsberg gehabt habe, aber mein Respekt gebührt ihm für seine Haltung in dieser Frage und zwar deshalb, weil es nicht einfach ein Abtauschobjekt war, als wir zum Beispiel über die Kronesschule gesprochen haben oder als wir auch über die Volksschule in Ries gesprochen haben, sondern weil es hier ein klares fachliches Konzept, ob man es wahrhaben will oder nicht, gegeben hat, das die Grundlage für diese Entscheidung war. Und ich prophezeie hier, auch wenn wir nicht in diesen schrecklichen Finanzschwierigkeiten wären, wären diese Schulstandorte in Diskussion geraten, ganz einfach deshalb, weil sie so wie sie ausgestattet waren nicht mehr dem Standard entsprochen haben, ganz einfach deshalb weil wir, leider sage ich dazu, mit sinkenden Klassenschülerzahlen konfrontiert sind und daher auch sich die Frage stellt, ob wir alle unsere Volksschulen in dieser Form aufrecht erhalten können. Es ist ja überhaupt keine Frage, dass wir selbstverständlich alle sehr gerne in jedem Bezirk eine Volksschule, in jedem Bezirk ein Postamt, in jedem Bezirk eine Polizeidienststelle hätten, leider zwingt uns nicht nur der öffentliche Spardruck, sondern auch die gesellschaftliche Entwicklung dazu, das eine oder andere zu überdenken und ich prophezeie hier, es war nicht das letzte Mal. Und ich habe Respekt selbst für den Fall, dass hier die Meinungen weit auseinandergehen vor Politikern, die das Rückgrad besitzen, hier eine Haltung durchzutragen und ich sage das ganz offen, damit du nicht auf Idee kommen könntest, ich gehe in Deckung, nicht nur deshalb, aber auch deshalb. Weil ich glaube, dass wir so ehrlich sein sollten bei den Auseinandersetzungen, bei den Fragen, die noch vor uns stehen, und sie werden vielleicht noch schmerzhafter sein müssen als das, was wir schon durchgetragen haben, um eine Sanierung der öffentlichen Haushalte, des öffentlichen Haushalts der Stadt Graz zu erreichen, weil da auch Politikerinnen und Politiker mit Rückgrat und einer gewissen Beständigkeit in der Meinung notwendig sein werden, bei aller Auseinandersetzung und bei sicher auch unterschiedlichen Auffassungen, was Schwerpunktsetzungen beim Sparen angeht und daher möchte ich ausdrücklich und an dieser Stelle sagen, mein Respekt für alle Regierungsmitglieder, die eine gewisse Hartnäckigkeit beweisen beim Sanierungskurs und meinen Respekt ganz besonders in diesem Fall für Kollegen Eisel-Eiselsberg (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GRin. **Binder**: Also es hat in diesem Gemeinderat einen Eiertanz an Argumenten gegeben, dass da niemand von der ÖVP und von der SPÖ je ausgerutscht ist, wundert mich sowieso. Also es hat jede Menge an verschiedenen, wie soll ich sagen, Inhalten gegeben, die gerade dann ganz wichtig waren je nachdem, wer sie gesagt hat. Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg, das ist doch selbstverständlich, dass alles Mögliche zu tun ist, damit die Kinder, die sonst in Ries in die Schule gegangen wären, halte jetzt problemlos in die andere Schule kommen, das ist selbstverständlich, dass sie in dieser anderen Schule, na Entschuldigung, es ist ja selbstverständlich, dass diese Kinder in der anderen Schule auch gut unterrichtet werden, dafür gibt es einen Lehrplan, dafür gibt es gut ausgebildete LehrerInnen, das hat ja wohl damit nichts zu tun, dass die Volksschule Ries geschlossen wurde. Also ich meine, das Mindeste, was ich mir erwarte, das braucht überhaupt nicht erwähnt werden und ich kenne auch KollegInnen in dieser anderen Schule und ich weiß, dass die gut sind. Aber das geht doch überhaupt an der Frage vorbei, also ich verstehe das nicht. Wir haben,....

Zwischenruf GRin. Krampl unverständlich.

GRin. **Binder**: Das hat jetzt mit der Waldorfschule, Frau Kollegin Krampl, überhaupt nichts zu tun, sondern mit der geringen Sensibilität, wie man mit kleinen Menschen umgeht da herinnen.

Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.

GRin. **Binder**: Ja, Herr Eichberger, auch du wirst dir das anhören müssen, es ist einfach so. Die einen Kinder schickt man eine Stunde lang durch die Stadt, dass sie zu ihrer Schule kommen, die Sechsjährigen, und da sagt man einfach, na ja die

Riesschule, 90.000,- Euro ist die Ersparnis für diese Schule, lächerlich, hat ja schon der Kollege Candussi gesagt. Dafür schicken wir die Kinder in eine ganz andere Schule. Respekt vor diesen Argumenten, die da immer wieder kommen und sich verändern und ich habe da einen Brief von einem sehr engagierten Herrn aus diesem Bezirk Dr. Höflechner, ich weiß nicht, ob Sie diesen Brief auch kennen.

Zwischenruf GRin. Krampl: Ja, alle Gemeinderäte.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir haben ihn gelesen.

GRin. **Binder:** Ja, wunderbar, dann möchte ich Ihnen Folgendes, so gehen Sie um mit dem, was jemand schreibt, dem das offensichtlich ein sehr großes Anliegen ist, dass diese Schule in Ries offen bleibt.

Zwischenruf GRin. Krampl: Er hat auch eine Antwort bekommen.

GRin. **Binder:** Ich lese nur vor, und da schließe ich an an den Hermann Candussi, der gemeint hat, die SPÖ ist immer hinuntergegangen wenn es um das Thema gegangen ist, denn der Schlusssatz, der gefällt mir recht gut. Qui tacet, consentire videtur, heißt: Wer schweigt, scheint zuzustimmen. Also auch das Hinunterdrücken unter die Tischoberfläche hilft überhaupt nichts und erst wenn, ich bin erschreckt über deine Aussagen, weil ich weiß oder vermute, das finden einige lustig von der ÖVP, ich finde es nicht lustig, ich vermute nämlich auf Grund der Aussagen des Finanzstadtrates, dass uns noch vieles bevorsteht, was sehr schwer wiegende Einschnitte sein werden und nicht...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

GRin. **Binder:** Macht nichts, aber du hast es jetzt in einer Situation gesagt, wo wir eine Schule sozusagen zu Grabe tragen und du hast auch hinzugefügt oder einklingen lassen, es wird möglicherweise auch um andere Schulen gehen, denn diese Schule...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Nicht direkt, sondern überhaupt nicht.

GRin. **Binder:** Nein so direkt hast du das nicht gesagt, vollkommen richtig, aber ich vermute es, denn die Volksschule Ries hätte heuer wieder eine vollkommene Klasse zustande gebracht und Ries ist ein Zuzugsgebiet und zwar nicht von alten Menschen, sondern durchaus von jungen Menschen, die auch Kinder haben werden.

Zwischenruf GRin. Krامل unverständlich.

GRin. **Binder:** Aber Frau Kollegin Krامل, es geht nicht um alte Leute, sondern es geht darum, dass hier Kinder kommen werden und dass diese Schule eine Überlebensberechtigung gehabt hätte. Es ist sinnlos zu kämpfen, ich habe das gemerkt, auch die anderen Fraktionen, die für den Erhalt dieser Schule eingestanden sind, gegen eine Übermacht von ÖVP und SPÖ können wir in diesem Gemeinderat nichts ausrichten. Es tut mir sehr Leid.

GR. **Herper:** Ich nehme die Sorgen, Herr Kollege Korschelt, der Eltern, auch die Anliegen der Kinder und der Schüler und Schülerinnen schon sehr ernst und ich glaube, es kann nicht die Bewertung, ob ich, mit welchem Tremolo ich da ein Stück über Zahlen vortrage, vielleicht eine Art Kulturkritik von dir sein, sondern es geht darum, sehr ernsthaft das, was mir als Amtsstück vorliegt, vorzutragen, ohne zu verhehlen, dass es natürlich ein Ernst ist, wenn über 1000 Persönlichkeiten sich auf den Weg machen am 12. September und ihre Stimme abgeben. Ich nehme das sehr ernst, ist das klar? Und ich mag nicht Unterstellungen, in welcher Tonlage ich etwas vortrage, mir zu unterstellen, ich würde nicht davon betroffen sein.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Die Tonlage war in Ordnung.

GR. **Herper:** Die Tonlage war in Ordnung, sagt der Wolfgang Riedler. Ich unterstütze auch das, was Wolfgang Riedler gesagt hat. Die SPÖ-Fraktion hat sich nie abgeduckt, sie hat sich bekannt nach gutem Für und Wider, nach Abwägen, nach Vorlage eines Konzeptes und das ist Haltung. Haltung ist auch etwas, was auch in diesem Gemeinderat einmal unterstrichen werden soll. Und Eisel-Eiselsberg hat Haltung bewiesen, er ist dazu gestanden und ich glaube, das ist auch ein ganz wesentlicher Fakt und wir haben uns genau überlegt und abgewogen, es ist auch eine Wertediskussion immer wieder. Bei jedem Standort, bei jeder öffentlichen Einrichtung, bei jeder Entscheidung, die wir zu treffen haben für und wider und wir haben uns auch, Hermann Candussi hat mich mehrmals kontaktiert am Telefon, hat sich in seiner Betroffenheit als Vater und als Kollege im Gemeinderat an mich gewandt, ich habe ihm zugehört, ich habe noch einmal die Argumente mit anderen Kolleginnen und Kollegen durchgesprochen. Wir nehmen das sicher ernst, haben uns aber sozusagen zu dieser Linie entschlossen, weil wir davon überzeugt sind, dass sie eine richtige und notwendige ist. Und im Sinne von Wolfgang Riedler werden wir uns auch noch vorbereiten müssen, gemeinsam bestimmte Dinge zu tragen in diesem Gemeinderat, es kann nicht alles Schönwetter sein, es kann nicht immer alles gut und schön und teuer und was gerade präsent ist und was wir haben

können. Wir werden auch gewisse Dinge gemeinsam durchtragen müssen und es muss einen Unterschied geben, hier ist eben Regierung und dort ist Opposition, und das auch einmal zur Kenntnis zu nehmen. Ich achte die Meinung der Bürgerinnen und Bürger sehr und ich danke für Ihr Zuhören (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Danke, Herr Gemeinderat Herper und ich hätte mich gefreut, wenn die Glaubwürdigkeit der Grünen Fraktion insofern sichtbar geworden wäre, wenn der Einsatz auch für die Wielandschule vom Beginn an gleichermaßen gelautet hätte, soviel zur Feststellung und soviel zur Dimension dieser Frage.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin Binder wurde mit Mehrheit abgelehnt.

GR. Dr. **Spielberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sinne des Volksrechtegesetzes stelle ich den Antrag, die nachfolgenden Punkte der öffentlichen Tagesordnung für dringlich zu erklären und zwar die Punkte 1) bis 4), den Punkt 7), aus der öffentlichen Nachtragstagesordnung die Tagesordnungspunkte 1) bis 7) und die Punkte des zweiten Nachtrages, den einen Punkt Nummer 1) für dringlich zu erklären. Weiters ersuche ich, die in dieser Sitzung stattgefundenen Anträge zur dringlichen Behandlung zu erklären und zwar von der Gemeinderätin Bauer Sicherstellung der Präventionsmaßnahmen beziehungsweise Kostenübernahme der Psychotherapien für Jugendliche im Jahre 2006 vom Herrn Gemeinderat Klubobmann Herper, Gewalt an Schulen, Präventivpaket von der Gemeinderätin Rucker, Jugendbeschäftigungsgesellschaft, Abänderungsantrag ÖVP und SPÖ, Gemeinderat Mag. Candussi, Grünraumschutz im Bereich Heinrichstraße – Mozartgasse, von der Klubobfrau Gemeinderätin Binder

Europäische Dienstleistungsrichtlinien und von der Gemeinderätin Jahn Subventionsordnung der Stadt Graz, Abänderungsantrag ÖVP und SPÖ.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Dann stimmen wir, ich höre gerade, stimmen wir sicherheitshalber ab, nämlich das Stück im zweiten Nachtrag, Umweltamt Immissionsschutzgesetz Luft. Auch dieser Antrag ist natürlich für dringlich zu erklären.

2. NT 1) A 8-K 50/2004-4

Umweltamt – Immissionsschutzgesetz
Luft Ausweitung der Zweckwidmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967, i.d.F. LGBl.Nr. 32/2005 beschließen:

Die Zweckwidmung der mit Gemeinderatsbeschluss vom 20.1.2005 bereit gestellten Mittel in Höhe von € 1,3 Mio. wird um die Maßnahme „Nachrüstung von Magistrats-Diesel-KFZ unter Berücksichtigung der Fahrzeug-Restnutzungsdauer“ erweitert.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.